

ETF-Konferenz: „Ohne sofortige Maßnahmen droht Europa ein gravierender Mangel an Personal“

Auf einer zentralen Konferenz der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) in Brüssel stand in der vergangenen Woche die Europäische Verkehrspolitik im Fokus. Rund fünf Monate vor den Europawahlen diskutierten die rund 100 Teilnehmenden die Folgen der Liberalisierung des öffentlichen Verkehrs.



ETF-Generalsekretärin Livia Spera betonte, dass die europäische und nationale Verkehrspolitik dringend zusammenhängender und arbeitnehmer:innenorientierter werden müsse. „Ohne sofortige Maßnahmen, droht Europa ein gravierender Mangel an Personal für den Betrieb unserer Züge, Busse, Straßenbahnen und Lkw“, warnte sie.

In den Diskussionen wurde deutlich, dass bisher eine objektive Bewertung der bisherigen politischen Maßnahmen fehlt, die zu einem Arbeitskräftemangel im Verkehrssektor beigetragen haben. Die ETF vertritt die Ansicht, dass es

weniger um die Zahl der Arbeitnehmer:innen geht, als vielmehr um den Mangel an Arbeitsplätzen mit angemessener Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen. Unplanbare Arbeitszeiten und die jüngste Zunahme der öffentlichen Gewalt gegen Transportarbeiter:innen haben die Situation verschärft und zu einer höheren Fluktuation geführt.

Diskutiert wurden auch die europäischen Klimaziele. Die langsamen Fortschritte bei der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene sind ein besonderes Problem. Trotz strenger Vorschriften gibt es im Straßenverkehrssektor weiterhin Lohndumping, was die Wettbewerbsfähigkeit des Schienengüterverkehrs erschwert. Die mögliche Zerschlagung großer Schienengüterverkehrsunternehmen wegen angeblicher Verstöße gegen die EU-Beihilfenvorschriften stellt eine weitere Gefahr für ein nachhaltiges Verkehrssystem dar.

Die ETF hatte auf der Konferenz Gewerkschaftsvertreter:innen, Arbeitgeberorganisationen, NGOs und hochrangige Vertreter:innen der Europäischen Kommission zusammengebracht.



[Alle Bilder anzeigen »](#)